Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1760

27. 04. 78

Sachgebiet 75

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vorschlag einer Verordnung des Rates über die Unterstützung gemeinschaftlicher Vorhaben zur Exploration von Kohlenwasserstoffen (Änderung des Vorschlags der Kommission an den Rat vom 29. November 1974)

Vorschlag einer Verordnung zur Durchführung der Verordnung (EWG) über die Unterstützung gemeinschaftlicher Vorhaben zur Exploration von Kohlenwasserstoffen

— Drucksache 8/1191 —

A. Problem

Auf der Grundlage einer gemeinschaftlichen Energiepolitik Verstärkung der Sicherheit der Energieversorgung in der Gemeinschaft.

B. Lösung

Förderung der Kohlenwasserstoffexploration in bisher unerforschten Tiefen.

Einmütigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Ablehnung der Verordnungen.

D. Kosten

17 Millionen Rechnungseinheiten aus dem Haushalt der Gemeinschaft.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hält die Kommissionsvorschläge nicht für geeignet und zweckmäßig. Er bittet daher die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die Verordnungsvorschläge erneut auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden.

Bonn, den 26. April 1978

Der Ausschuß für Wirtschaft

Reuschenbach	**Dr. Ahrens**
Stellv. Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Ahrens

Die Vorlage der Kommission der Europäischen Gemeinschaften — Drucksache 8/1191 — wurde dem Ausschuß für Wirtschaft federführend und dem Ausschuß für Forschung und Technologie mitberatend mit Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 25. November 1977 überwiesen. Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft durch Beschluß vom 18. Januar 1978 empfohlen, die Bundesregierung zu ersuchen, den Beschluß der Verordnung erneut zu prüfen. Der Ausschuß für Forschung und Technologie äußert erhebliche Zweifel an der Notwendigkeit, in diesem Bereich gemeinsame neue Vorhaben zu unterstützen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner Sitzung am 26. April 1978 beraten.

Die Kommission will durch ihre Verordnungsvorschläge im Rahmen einer gemeinschaftlichen Energiepolitik dazu beitragen, die Sicherheit der Energieversorgungg durch die Förderung der Kohlenwasserstoffexploration in bisher unerforschten Tiefen zu verstärken.

Die erstgenannte Verordnung ist eine Rahmenverordnung, mit der die Grundlage für finanzielle Hilfen der Gemeinschaft bei der Exploration von Kohlenwasserstoffen in bisher unerforschten tiefen Sedimentzonen geschaffen werden soll. Die Kommission unterbreitet diese Vorschläge auf der Basis der Vorschläge einer Kommission von geologischen Sachverständigen, die mit der Prüfung und der Auswahl von Vorhaben zur Erforschung des Bodens beauftragt waren, mit deren Hilfe die Zonen auf dem Hoheitsgebiet oder dem Kontinentalplateau der Mitgliedstaaten durch geophysikalische Arbeiten, stratigraphische Bohrungen oder Explorationsbohrungen aufgedeckt werden sollten, die vermutlich Kohlewasserstoffvorkommen enthalten.

Gleichzeitig schlägt die Kommission eine Durchführungsverordnung vor, die die Gewährung von — unter bestimmten Voraussetzungen rückzahlbaren — Darlehen bis zu einem Höchstbetrag von 16 915 000 ERE ermöglichen sollen. Bisher zur Förderung vorgeschlagen sind zwei „offshore" Projekte in Grönland und Irland sowie zwei „onshore" Projekte in Italien und den Niederlanden.

Der Ausschuß für Wirtschaft unterstützt prinzipiell alle Bemühungen der Kommission, die Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Gemeinschaft zu verstärken. Er hat allerdings Bedenken hinsichtlich der Geeignetheit und Zweckmäßigkeit der Kommissionsvorschläge zum Ausdruck gebracht.

Im „offshore" Bereich bestünden die eigentlichen Schwierigkeiten der Ölindustrie nicht in der Finanzierung der Exploration, sondern die Ursachen für die Schwierigkeiten seien vor allem in der Konzessionspolitik der Länder, den vielfach noch ungeklärten territorialen Verhältnissen sowie in den z. Z. noch ungelösten technischen Problemen einer spä-

teren Förderung zu sehen. Es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, daß die Ölindustrie — bei entsprechenden Rahmenbedingungen — diese Exploration nicht auch ohne öffentliche Hilfe rechtzeitig in Angriff nehmen würde.

Im „onshore" Bereich biete die Entwicklung der Erdöl- und Erdgaspreise nach Auffassung des Ausschusses für Wirtschaft genügend Anreize, und die Gesellschaften seien aufgrund der hohen Fördergewinne auch finanziell in der Lage, die Exploration auf tiefere Lagerstätten auszudehnen.

Namens des Ausschusses für Wirtschaft bitte ich das Hohe Haus, die Bundesregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Verordnungsvorschläge erneut auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden.

Bonn, den 26. April 1978

Dr. Ahrens

Berichterstatter